

# Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

September 1920

September 25

Verbreitungs-Zentrale im  
Oberamtsbezirk. —  
Wesigen hat dabei von  
bestem Erfolg.

Es wird kein Zweifel sein,  
dass die Mitglieder der  
Gesellschaft in demselben  
Maße wie die Mitglieder der  
anderen Gesellschaften  
an der Verbreitung der  
Zeitung beteiligt sind.

Telegraphische Adressen:  
Gesellschaft Nagold  
Nagold Nr. 11  
Stuttgart 5113

Nr. 153

Montag den 5. Juli 1920

94. Jahrgang

## Deutscher Reichstag.

Freitag-Sitzung (Schluß).

In der Fortgeleiteten

### Aussprache über die Regierungserklärung

erhält zunächst der Reichsernährungsminister Dr. Hermes das Wort. Die Erörterungen in der Ernährungsfrage, die zu den Unruhen der letzten Tage geführt hätten, nötigen die Regierung, einzugreifen. Leider liegen die Bedingungen hierfür sehr schwer. Eine Preispolitik zugunsten der Landwirtschaft lehne er ab, aber den Landwirten müßten Preise zugestanden werden, die ihren Produktionskosten entsprechen. Die Preisfreiergung im Inlande sei eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendungen des Reiches in Höhe von 10 Milliarden konnten die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung einrichten. Das wird auch noch nicht im folgenden Jahr der Fall sein. Um den Landwirten zu schätzen, sind für den Herbst d. J. bereits Mindestpreise ausgeschrieben worden. Die Interkommission des Reichsernährungsministeriums hat nun genaue Zahlen festgelegt und ist dazu gekommen, den Zuschlag der Produktionsvermehrung in diesem Jahre mit 55 Prozent festzusetzen. So wird die Tonne Roggen 1500 M kosten, die Tonne Kartoffeln aber bei 500 M bestehen bleiben. Diese Erhöhung der Getreidepreise wäre aber immer noch zu gehalten, daß die Brotpreise nicht weiter zu werden brauchen. Die Haupternte sei, die heimische Ernte ganz zu erlassen. Das werde erleichtert, wenn das Getreide gleich nach der Ernte erfaßt werden könnte und hierin liege der Grund für die Verhinderung der Frühbrüche und Lieferungsprämien. Es ist zu hoffen, daß die Einfuhr ausländischen Getreides jetzt schneller erfolgen kann. Desgleichen sei in diesem Jahr mit einer frühen Ernte zu rechnen. So werde die Reichsgetreidekasse hoffentlich wieder in die Lage kommen, Reserven zu schaffen. Auch die Aussichten für die Kartoffelernte seien nicht schlecht. Die Bestände an Schlachtwild hätten sich gehoben. Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genüge aber noch lange nicht. Die Faserproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung habe jedoch für Kohlenzufuhren für die Zuckerindustrie gesorgt. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahre von 10—12 Prozent gesorgt. Freigegeben könne der Zucker jedoch nicht werden. Das Bestreben der Regierung ist nach einer Verbilligung der Getreidepreise gerichtet. Es sollen nur solche Organisationen und Kriegsgesellschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich sind. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte der Minister an die Landwirtschaft, anzuerkennen, was die Regierung zur Hebung ihrer Lage tue, dafür aber auch ihrer Lieferungsverpflichtung nachzukommen. Andererseits bitte er das große Publikum, die Landwirtschaft zu achten. Keinem Bauer könne vorgeschrieben werden, was er bauen solle.

Da inzwischen der Minister des Reichs erschien, verliest Frau Proemey (Dem.) ihre zunächst zurückgestellte Anfrage wegen des Schicksals des Dr. Holzmüller und Dr. Wagner.

Minister v. Simons befragt die widerrechtliche Verhaftung Dr. v. Holzmüller. Die Regierung habe in Warschau und Paris sofort protestiert. Trotz aller Bemühungen sei die Freilassung nicht erfolgt. Da bis zum 1. Juli keine weitere Nachricht vorliege, habe er dem politischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß die ungenügende Erklärung ihm nicht genüge, und daß er zu Repräsentanten gezwungen sei. Auf Verhandlungen werde er sich nicht mehr einlassen. Ueber den Fall Wagner wisse er noch nichts weiter, als daß er unter dem Verdacht der Spionage nach Warschau gebracht worden sei. Der Minister protestiert gegen das Verhalten der Polen bei der Freilassung der nach Ost- und Westpreußen unterwegs befindlichen Deutschen und empfiehlt die zur vollständigen Abklärung sicherheitsbedingten den Seeweg. Der Minister besprach sodann das Verhalten der Polen gegenüber den Deutschen in den Grenzgebieten, deren Einberufung den Friedensbedingungen widerspreche.

Abg. Dr. Hefflerich (D.F.): Die Kraft des deutschen Volkes ist durch den Krieg und die Revolution geschwunden. Jetzt wird dieses geschwächte Volk unter einem Druck gehalten. (Zuruf der Unabhängigen: Durch Sie! Präsident Lohde bittet, dem Redner nicht sein Recht auf Redefreiheit zu nehmen.) Das deutsche Volk hat sich durch das Wahlergebnis gegen jedes sozialistische Experiment ausgesprochen. (Erneuter Lärm.) Die Gedanken, die mit uns die Deutsche Volkspartei vertreten hat, marschieren. (Stiller Lärm.) Wir haben uns bereit erklärt, uns an der Regierung zu beteiligen. Bedauerlich ist es, daß die anderen Parteien sich nicht zu dem gleichen Entschluß durchringen konnten. Er konstatiert, daß die unabhängige Partei die einzige Partei des Hauses sei, die sich nicht vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung stelle. (Erneuter Lärm.) Er protestierte gegen die Art und Weise, wie die Methode des Wahlkampfes hier im Hause weiter fortgesetzt werde. Wenn er in einer Anfrage des Abg. Hoch als Minister bei Bemerkungen des Staats durch die Kriegsgesellschaft bezeichnet werde, so bezeichne er den, der dank ausgesprochen, als einen elenden Verleumder. (Zuruf: Hefflerich; Präsident Lohde betont, dieser Ausdruck gegen ein Mitglied des Hauses entspreche nicht der Ordnung des

Hauses.) Zur alten Koalition habe seine Partei in einer gewissen Opposition gestanden. Jetzt sei es anders. Wir werden uns nicht von parteipolitischer Empfindlichkeit leiten lassen. Die Sicherstellung von Recht und Ordnung bleibt die Hauptfrage, damit aber auch die Sicherung der Nochnittel. (Lauter Unterbrechungen.) Hierzu gehört auch die Militärjustiz. Redner wandte sich sodann gegen die Ausführungen des Reichsernährungsministers und betonte, daß er im Einklang mit vielen Mitgliedern des Hauses während seiner Amtsperiode wieder und wieder auf die Erhebung von Kriegsteuern gedrängt habe, wie aber stets dagegen protestiert worden sei, namentlich von Seiten eines Zentrumsmitgliedes namens Erzberger. (Schallende Heiterkeit. Hört! Hört!) Auch Herr Schiffer habe sich gegen Kriegsteuern gewehrt und alles auf Anfeihen nehmen wollen. (Lärm.) Kein Mensch wisse, was erforderlich sei, um unsere Eisenbahnen wieder leistungsfähig zu machen, die nicht allein der Krieg zugrunde gerichtet habe. Bei der Verreichlichung der Eisenbahnen sei nicht mit der gehörigen Sorgfalt verfahren worden. Vor der Verreichlichung hätten die Landesbehörden noch rasch die Gehälter erhöht und jetzt müsse das Reich Milliarden darauf zahlen. Wir sind auf dem Wege zum Bankrott unseres Staatsbahnnetzes eingia und allein aus dem Unvermögen der Staatsverwaltung. Die ganze Trostlosigkeit des Ausblicks in der Rede des Reichsernährungsministers war entsetzender. Wer als Minister hier keinen Ausweg sieht, würde am besten tun, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wie kommen wir aus den Schwierigkeiten heraus. (Stürmischer Lärm auf der Bank. Ledebour und Seger schreien auf Hefflerich ein.) Das Mißliche unserer Lage ist nicht genügend bekannt. Dem Arbeiter haben Sie erzählt, wenn Sie aus Kader kämen, brauche er nicht mehr arbeiten. (Erneute ohrenbetäubende Lärmstürme: Vizepräsident Dietrich verliert das Wort, Ruhe zu stiften.) Es muß mehr gearbeitet werden. Für die Eisenbahn ist der Achtstundentag undurchführbar. (Erneuter Lärm.) Dr. Hefflerich kommt so dann auf Spaa zu sprechen und drückt dem Minister Simons für den Ton der Würde, den er gegenüber Polen gefunden habe, seinen Dank aus. Das gebe ihm eine gute Vorbedeutung von Spaa. Der Frieden von Versailles sei schon jetzt undurchführbar. Wenn man aber unsere Souveränrechte über diesen hinaus schwächen wolle, so könne es nur ein Nein geben. Er erinnere daran, daß tatsächlich die Entente vor dem Vertrag von Versailles noch einen anderslautenden Entwurf vorgelegt habe, dessen Erläuterung in der französischen Kammer befähigt worden sei. (Lärm: Schwindelei! Große Unruhe. Vizepräsident Dietrich bittet im Interesse der Würde des Palaments, das Niveau der Verhandlungen nicht durch Schreien herabzusetzen.) Redner schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung, daß die jetzige Koalition wesentliche Besserungen gegenüber der alten aufweise. Er stimme grotzenteils ihren Erklärungen zu, wenn sie ihrem Programm treu bleiben. Seine Partei werde sich abwartend verhalten und gegen das Mißtrauensvotum der Unabhängigen stimmen. (Großer Lärm, Handklatschen, Rufen, Pfeifen.)

Reichsernährungsminister Wirth: Der Abg. Hefflerich habe der historischen Beweis dafür liefern wollen, daß wir einen anderen Frieden hätten haben können. Die rechte Seite hat ja in Weimar Siegenheit gehabt, den schweren Weg mitzugehen. Aber so wenig wie jetzt sei damals der Mut auf Seiten der Rechten gewesen. Wir alle wollen dem Vaterland dienen. Aber derart 24 Stunden vor Spaa die Brandstiftung ins Haus zu schleudern, sei unerhört. Wir wollen aufrecht und nichtern, nicht schwelmebeind nach Spaa gehen. Wenn wir nach unserer Rückkehr dann an unsere große Aufgabe herantreten wollen, dann wollen wir unsere Finanzen prüfen. Jetzt vor Spaa ist das einfach nicht möglich. Das deutsche Volk aber mag das Vertrauen haben, daß die Regierung es würdig vertreten wird.

Beder-Hessen (D.F.P.) bedauert, daß seine Hoffnung auf friedlichen Verlauf der Debatte heute so schmählich geäußert worden sei und daß namentlich die Partei, die sich besonders als Hüterin der Freiheit aufspiele, die Freiheit der Rede so wenig achte. Herr Müller-Franken ist mit der auswärtigen Politik des Kabinetts nicht einverstanden. Das Vertrauen auf die Einigkeit der Politik der neuen Koalition, dem der Abg. Schiffer Ausdruck gegeben habe, teile auch er. Dem Reichsernährungsminister danke er für seine Absichten, die Zwangswirtschaft auf eine vernünftige Basis zu stellen und ihren Abbau einzuleiten. Das Streikfever, das zurzeit die Landarbeiter ergriffen habe, sei ein Verbrechen gegen die großstädtische Bevölkerung. Mit Arbeit allein ist es nicht getan, es muß auch zur Wahrung unseres Kulturstandes etwas geschaffen. Er plädiert daher für die Schaffung einer Kammer der Kultur. In der auswärtigen Politik haben wir unsere Karten offen aufgedeckt und können gegen die Geheimdiplomatie der Gegner nicht aufkommen. Er sei überzeugt, daß auch wir zur Geheimdiplomatie zurückkehren werden. Der Redner schloß mit der Mahnung, in Spaa nur das zu unterzeichnen, was wir auch halten können. Es sei deutsche Art, zu halten, was man versprochen habe. (Beifall.)

Frau Zetkin (Komm.): Das erste Wort der Kommunisten in diesem Reichstag ist der Gruß an alle Kommunisten

der Welt, das Weltbild entschieden Kampfeswillens für das Proletariat. In Spaa wird der Ententeimperialismus die Verbrechen des deutschen Imperialismus bestrafen. Hier wird das beglichen werden, was in West-Litauen und Bulgareien der deutsche Imperialismus angezettelt hat. Nur der Zusammenschluß mit dem bolschewistischen Rußland kann der deutschen politischen Isoliertheit abhelfen. Sie habe aus der Regierungserklärung nichts herausgehört, was ihrer Ansicht über unsere auswärtige Politik entspreche. Entwaftung der Bourgeoisie und Bewaffnung der Arbeiter durch die politischen Arbeiterräte, das sei die Aufgabe für die Wiederaufrichtung Deutschlands.

Auf die gestrige Mitteilung des Abg. Dents (L.), daß die Unruhen in Hamburg von Polizeibeamten als Sympot veranlaßt worden seien, erteilt Staatssekretär Lewald die Auskunft, daß diese Mitteilung unzutreffend sei.

Preitersen (Dem.) bespricht die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung, die durch die Abstimmung der Linken besonders markant wurde. Hefflerich habe den Beweis erbracht, daß ein Zusammenarbeiten mit seiner Partei unmöglich sei. Wenn durch dieses aber das Schicksal eines ganzen Volkes befragt werde, dann sollte man sich etwas mehr zurückhalten. Seine Partei sehe einem neuen Wahlkampf gegen rechts und links gern entgegen.

Reichskanzler Fehrenbach dankt für die Anerkennung, die ihm ausgesprochen worden sei und für die ruhige und sachliche Art, mit der die Regierungserklärung besprochen wurde. Angesichts der Tatsache, daß der Koalition mehrere Parteien mit verschiedenen Parteiprogrammen angehören, sollten diese Parteien bei den Debatten Rücksicht auf die verschiedenen Programme nehmen. Das liege im Gesamtinteresse des Vaterlandes. Die der Koalition nicht angehörenden Parteien würden auf daran tun, sich ein gewisses Maß von Reserve bei ihren Ausführungen aufzuerlegen. Morgen gehen wir einen schweren Gang. Seien Sie überzeugt, daß wir unser Amt in Spaa mit erster Würde wahren, was uns erwartet, ist noch unklar. Aber wir beugen die Hoffnung, daß sich unsere Gegner von unserem guten ethischen Willen überzeugen werden. Die Leistungsfähigkeit muß die Grenze sein. Ich bitte, uns in dieser schweren Stunde unser Amt nicht durch leidenschaftliche Kämpfe im Innern zu erschweren.

Ein Antrag der Unabhängigen, daß die Regierung nicht das Vertrauen des Hauses bestimme, wird in namentlicher Abstimmung mit 313 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Koalitionsparteien: Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie dieser Erklärung entsprechend die Politik des Reichs insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spaa führen wird. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag der Deutsch-Nationalen vor, der dem Schlußpassus des Antrags der Koalitionsparteien eine andere Fassung geben will.

Der Antrag der Deutsch-Nationalen wird abgelehnt, der der Koalitionsparteien in namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 62 Stimmen bei 54 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Unabhängigen. Die Deutsch-Nationalen enthalten sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr: Interpellationen, Rosetat. — Schluß 9 20 Uhr.

### Samstag-Sitzung.

Berlin, 3. Juli. Am Regierungstisch Reichsernährungsminister Wirth. Haus und Tribünen sind nur schwach besetzt.

Zur Interpellation Ledebour über die Vorgänge in Tbal bei Rulba und das Nachbarger Urteil erklärt Reichsernährungsminister Wirth, er sei offenbar mißverstanden worden. Er habe in seiner Erklärung nur sagen wollen, daß die Regierung eine Beantwortung der Interpellation in diesem Augenblicke ablehne, weil sie nicht durch eigene Verfügungen in ein schwebendes Verfahren eingreifen wolle. Er behaupte den Vorgang überaus und glaube, sobald das Urteil, gegen das Berufung eingelegt sei, eine Antwort in Aussicht stellen zu können.

Ledebour beantragt sofortige Besprechung. — Diese wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte mit 182 gegen 142 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die Interpellation der Kommunisten über amtlich organisiertes Spitzelwesen, das Ausschüsse der radikalen Parteien erfinde, Rutsche provoziere und menschenverderbliche Beseitigung von Arbeiterführern anstrebe.

Reichsminister Koch erklärt, die Interpellation in der vorgeschriebenen Zeit beantworten zu wollen.

Hamm (Dem.) begründet sodann seinen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsbetriebs, der Ergebnisse und der Frage der Liquidierung der Kriegsgesellschaften und bedauert, daß ein dahingehender Beschluß der Nationalversammlung unausgeführt geblieben sei. Die Undurchsichtigkeit des ganzen Geschäftsbetriebs der Kriegsgesellschaften mache dem ehrlichen Kaufmann einen Wettbewerb unmöglich.

Hof (Soz.) befragt den Antrag. Altm (Z.) erklärt, es müsse mit dem Abbau der Kriegsgesellschaften sofort begonnen werden. Die freiverwendenden Wohnungen würden dringend gebraucht.



Land (B.B.) verlangt gewissenhafte Nachprüfung der Geschäftsgebahren der Kriegsgesellschaften.

Bruch (D.R.) wundert sich, daß die Regierung die Kriegsgesellschaften so lange für unentbehrlich gehalten habe. Reichswirtschaftsminister Scholz erklärt, der Anregung nach Möglichkeit entsprechen zu wollen. Uebrigens sei die Zahl der Angestellten der Kriegsgesellschaften seit Januar d. J. von 16 000 auf 7 000 zurückgegangen.

Der Antrag Hamm wird einstimmig angenommen. Es folgt die Beschlussfassung über die Einlegung eines Untersuchungsausschusses auf Grund des Artikels 34 der Verfassung.

Warmuth (D.R.) warnt davor, die Parteigegegensätze durch einen solchen Ausschuss zu vertiefen.

Richter (D.R.) sieht keine erspriechliche Tätigkeit des Ausschusses, da die unentbehrlichen Rechte der anderen Parteien ihm nicht offen stehen.

Dr. Breitweid (U.S.): Auch in seiner Partei seien anfänglich Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Ausschusses laut geworden, weil die meisten Mitglieder den Parteien angehören, die selbst die Schuld am Ausbruch des Krieges tragen. Seine Partei habe sich aber doch für Wiedereinsetzung des Ausschusses ausgesprochen.

Frau Schuch (S.G.) erklärt, das Volk habe ein Recht darauf, festzustellen zu sehen, daß die Schuld an der Katastrophe dem kapitalistischen System zugeschrieben sei.

Heine (Dem.) stimmt der Wiedereinsetzung des Ausschusses zu.

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Der Reichsnotetat wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Präsident Lohde dankt dabei dem Auslande für die Verdienste an unseren Kindern im Namen des Reichstags und des deutschen Volkes.

Bei der nun folgenden dritten Lesung erklärt Crispian (U.S.) die Annahme des Notetats komme einem Vertrauensvotum gleich. Deshalb lehne seine Partei ihn ab, obgleich einzelne Punkte auch seinen Befall hätten.

Der Notetat wird sodann in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Es folgt die Beratung des vom Abg. Müller-Franken eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend

#### Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Dr. Rosenfeld (U.S.) bedauert, daß die solange an der Regierung beteiligten Parteien nicht alle Kraft aufgewendet haben, um die Militärgerichtsbarkeit zu beseitigen, die im Volke kein Beständnis finde. Gegen eine solche Justiz rufe er die Arbeiter auf. Die Hände vor den Augen habe die Justiz nicht gehindert, dem Kapitalismus Hundlangendienste und gegen die Arbeiter Schergerdienste zu leisten.

Wärmuth (D.R.) erklärte, sein Antrag auf Ueberweisung an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern richte sich nicht gegen den Entwurf selbst, sondern wolle nur jede Ueberstürzung verhindern. Recht und Ordnung seien das Programm des Wiederaufbaues. Dazu gehöre auch die Militärgerichtsbarkeit.

Schöpplin (S.G.) jegliche Verschlebung werde das Zustandekommen des Gesetzes gefährden.

a. Schuch (D.R.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Wärmuth an und verweist auf die Militärstrafgesetze Frankreichs und Englands. 82 000 Mann der Reichswehr hätten sich übrigens für die Beibehaltung der Militärgerichte ausgesprochen. (Zurufe: Schwindel! Große Unruhe.)

Bolz (Z) hätte lieber ohne Kommissionsberatung das Zustandekommen des Gesetzes gesehen. Seine Partei werde jedoch der Kommissionsüberweisung zustimmen.

Waldfrein (Dem.) schließt sich diesen Erklärungen an. Emminger (D.R.) stimmt der Kommissionsüberweisung zu.

Levi (Komm.) ergreift das Wort zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der Rechten. Die Militärjustiz sei ein Rechtsverbrechen.

Justizminister Heintze protestiert gegen diese Unterstellung und erklärt namens der Regierung, daß die Militärjustiz nicht abzuweichen werde vom Faden des Rechtes.

## Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

603

(Nachdruck verboten.)

Und der Haß, den er künstlich in seinem Herzen genährt, die Verachtung, die Wut, alle bösen Empfindungen und Gedanken verdrängten an diesem Abend in Doris Volkners Seele. Hier war mehr in dem Leben der geliebten Frau, als er wußte und ahnte. Hier war eine Verletzung von Umständen, die er nicht begriff, doch die er nun ergründen wollte, koste es was es wolle.

Er dachte ihren Worten nach. Wie geheimnisvoll hatten sie geklungen. Sie war aus keinem Hause gekommen, um nicht schuldig zu werden? Was bedeutete das? Und was hatte Walters Verschwinden aus ihrem Leben zu bedeuten?

Er wollte jetzt Klarheit schaffen, endlich, endlich, Wissen und Klarheit um jeden Preis.

Er schaute sie an, wieder und wieder. Großer Gott, wie war sie schön! Und war nun die Frau eines anderen, eines verhassten anderen.

„Geliebte!“ dachte er. „Geliebte!“ Und er hob sein Glas und trank ihr zu. Und ihre Blide, die sich begnugten über den erhobenen Gläsern, waren wie Lieblingen.

„Sie sind wenig unterhaltsam heute abend, mein Freund“, sagte Karlas Stimme. Sie klang ein wenig gekränkt und schmeckte Doris Volkner auf aus seinem Herzen. „Doch das Wiedersehen mit der schönen Frau Sie so erregt?“

Er ging auf ihren halb scherzhaften Ton nicht ein, blieb ernst. Er wollte auch mit ihr nicht über Irene sprechen, aber sie kam immer wieder auf sie zurück.

Frau Körners Kleid ist die Sensation meiner Gesellschaft. Finden Sie es auch so schön?“

Er hatte noch nicht auf ihr Kleid geachtet. Nur wie etwas sehr Feines und Kostbares hatte er ihre Erscheinung gesehen. Er hatte Irene ja nie in großer Abendtoilette gefasert und mit entblößtem Nacken und leuchtenden Armen.

Der Gesetzentwurf wird einem Ausschuss von 21 Mitgliedern überwiesen.

Vizepräsident Dittmann ruft nachträglich den Abg. Rosenfeld wegen einer beleidigenden Äußerung gegenüber dem Abg. Helfferich zur Ordnung.

Das Haus vertagt sich sodann auf Montag nachmittags 2 Uhr: Interpellationen. Schluß 1/4 Uhr.

### Deutschnationale Anträge.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. Die gesetzliche Regelung der Schlichtungsausschüsse mit größter Beschleunigung herbeizuführen.
2. bis zum Inkrafttreten dieser gesetzlichen Regelung auf Grund des Gesetzes vom 17. April 1919 (R. G. Bl. S. 394) — um ein Verderben erheblicher Teile der Ernte zu verhüten u. um hierdurch die Volksernährung sicherzustellen —
  - a) unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben — insbesondere während der Saat- und Erntezeit vor Anruf und Entscheidung der zuständigen Schlichtungsausschüsse verboten werden,
  - b) terroristischen Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird,
  - c) Maßnahmen getroffen werden, welche die Durchführung der Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse sicherstellen.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: Die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln mit Ausnahme von Brotgetreide u. Milch unverzüglich aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, um durch die Streikung der Brotgetreide- und Milchherzeugung die rasche Befreiung der gesamten öffentlichen Bewirtschaftung zu ermöglichen.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat im Reichstag nachstehenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: Die öffentliche Bewirtschaftung des Inlandstabaks aufzuheben und den Tabak sofort freizugeben.

### Bewilligung des Notetats im Haushaltsauschuss.

Berlin, 2. Juli. Der Haushaltsauschuss des Reichstags bewilligte in seiner heutigen Sitzung den Notetat, der u. a. an Rentenzuschläge für Altersrentäre, Witwen und Waisen vorfieht. Bei der Besprechung des Etats der Reichspostverwaltung bemerkte Reichspostminister Wiesberts, daß die Verwaltung mit der deutschen Volkerversicherungsanstalt in Verhandlungen stehe, nach deren Abschluß die Teilnehmer von Telefonanschlüssen den 1000 M. Beitrag voranschüsslich als Anleihe erhalten können.

### Unsere Vertreter in Spa.

Berlin, 3. Juli. In der Konferenz in Spa werden, wie manmehr feststeht, von deutscher Seite folgende Persönlichkeiten teilnehmen: Der Reichskanzler mit Staatssekretär Albert, der Reichsminister des Innern Simons, der Reichsfinanzminister Wirth, der Reichsminister Scholz, der Reichsernährungsminister Herms, der Leiter des Wiederaufbauministeriums Staatssekretär Müller, ferner vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor v. Simson, die Geh. Räte v. Keller und v. Bodepfer, Legationsrat Frey von der Presseabteilung, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schröder, Ministerialrat Bensch, von dem wirtschaftlichen Ressort die Wehrmänner Besue, Herz und Ruppel, Staatsrat v. Meinel u. Geh. Regierungsrat, vom Reichswehrministerium die Majore Michaelis, v. Böttcher und Bogt. Es werden weiter eine Reihe von führenden deutschen Sachverständigen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen nachreisen, falls es der Gang der Verhandlung erforderlich machen sollte.

### Die Besprechungen in Brüssel.

Brüssel, 2. Juli. (Haas.) Heute vormittag um 11 Uhr begann die erste Sitzung der interalliierten Konferenz, die

bis 12.45 Uhr dauerte. Bereits um 10 Uhr hatte sich vor dem Sitzungssaal eine große Menge Schaulustiger angesammelt. Die erste zu behandelnde Frage war die der Entwaffnung Deutschlands. Ueber die Wiedergutmachungen wurde nachher beraten. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende offizielle Mitteilung der Presse übergeben: Die Konferenz von Brüssel hielt Freitag vorm ihre erste Sitzung unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten ab. Belgien war vertreten durch Dumont u. Jaspars, Italien durch Giorgia und Bertolini, Japan durch Viscount Seinda und Nagao Oka. Zugewogen waren Marschall Foch und die militärischen, maritimen und nautischen Sachverständigen. In der Konferenz wurde der gegenwärtige Stand der Entwaffnung Deutschlands erörtert. Die Experten wurden angewiesen, die endgültige Liste der Vertragsbestimmungen bezüglich der Entwaffnung aufzustellen. Die Konferenz prüfte hierauf eine Note der Wiedergutmachungskommission betr. die deutschen Kohlenlieferungen. Die nächste Sitzung findet um 4.30 Uhr nachm. statt.

Brüssel, 3. Juli. Willetand konferierte gestern nachmittag im Palaishotel mit Foch, Giorgia und Lord Curzon. Nachher erschienen ebenfalls die belgischen Delegierten Dumont und Jaspars, sowie die Vertreter Italiens, Giorgia und Bertolini, um sich der Besprechung anzuschließen. Da diese von 3—7 Uhr dauerte, mußte die Sitzung, die im „Palais des Academies“ stattfinden sollte, auf heute Samstag verschoben werden. Behandelt wurde die Frage der Verteilung der deutschen Entschädigung unter die Alliierten. — Graf Giorgia erklärte auf Befragen nach Schluß der Debatte, man suche einen Boden der Verständigung. Er sei aber schwer zu finden. — Aus diesem Bericht ergibt sich, daß eine Ueber einstimmung noch nicht erzielt wurde, daß aber die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen.

Brüssel, 3. Juli. Der Sonderberichterstatter der Aence Haas meldet: Nach Schluß der gestrigen Vornmittagskonferenz legten die Sachverständigen für die Schiffahrt und Luftschiffahrt Fragen den Tag einer Note fest, die der deutschen Delegation in Spa überreicht werden soll. Der endgültige Wortlaut wird wahrscheinlich durch den Obersten Rat festgesetzt werden. Wir glauben zu wissen, daß die Note insbesondere auf der Rotenoberigkeit der Ablieferung des Kriegsmaterials bestehen wird, das den Alliierten bisher noch nicht ausgeliefert worden ist und daß sie ferner von der deutschen Regierung die Veröffentlichung des Gesetzes verlangen werde, das die Wehrpflicht in Deutschland gemäß dem Versailles Vertrag abschafft. Weiter befaßt sich die Note mit der Reduzierung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die zu dem vorgegebenen Termin vom 10. Juli nicht durchgeführt werden könne. Die 100 000 Mann regulärer Truppen, die Deutschland zu halten berechtigt sei, müßten auf unweerer Grundlage verteilt werden, sodas von einem Tage zum andern große Heeressteile nicht gebildet werden können. In dieser Hinsicht sei vollkommene Einigung erzielt worden.

### Die polnischen Uebergriffe.

Berlin, 2. Juli. Wie die Abendblätter melden, werden die Nachrichten über die Abschiebung deutscher Flüchtlinge und Zurückweisung der Abstammungsberechtigten durch Polen jetzt von amtlicher deutscher Seite bestätigt. Da die Bestimmungen über die Ausreisepapiere ausschließlich Angelegenheit der interalliierten Kommissionen in Ost- und Westpreußen ist und diese Kommissionen die ausgegebenen Ausreisepapiere als genügend ansehen, stellt die Zurückweisung der Inhaber dieser Ausweise durch die Polen eine grobe Rechtswidrigkeit dar. Die Entente hat bereits in Warschau wegen des polnischen Rechtsbruchs Einspruch erhoben und hat einen englischen Kontrollkommissar nach Königsberg entsandt, um den ungeführten Durchgang der Abstammungsgäbe durch den polnischen Korridor sicherzustellen. Die Polen fügen sich aber auch nicht den Anordnungen dieses Offiziers. Gegen die polnischen Uebergriffe haben überall im Deutschen Reich große Protestversammlungen stattgefunden.

### Polnisch-tschechische Gegensätze.

Leichen, 3. Juli. Zwischen Polen und Tschechoslowaken ist eine erneute Spannung eingetreten. Die Tschechen haben

„Nicht heute, nicht hier, oder wissen muß ich! Du weißt von Ramas Lob, Irene?“

Sie neigte das Haupt. „Ich las es. Wie geht es Ihnen?“

Sie ist ein einsames Kind geblieben, zu ernst, zu reif für ihre Jahre.“ Wieder fühlte sie den Bormwurf in seiner Stimme.

„Lebt Irene noch?“

„Ja, aber er ist sehr alt. Wie du nach allen fragt, hütelst du Lust, Iräden einmal wiederzusehen?“

In ihren Augen leuchtete es auf, dann aber sagte sie mde: „Es ist besser, ich bleibe ihr fern.“

„Nütelst du, unergündliches! Seit ich dich wiedergesehen, ist alles, was ich in langen Jahren müßsam zum Schweigen gebracht, wieder auferstanden in mir! Irene, wir müssen uns sprechen. Allein aussprechen. Wirst du?“

„Ich darf nicht!“

„Wer könnte es dir verbieten? Dein Mann?“

„Nein, er nicht. Er verbietet mir nichts. Er geht seine Wege und läßt mich die meinen gehen.“

„So ist eure Ehe? Und ich dachte, dein Leben sei Glück und Seligkeit!“

„Hörst, hast du das wirklich gedacht? Konntest du das denken?“

„Nütelst du nicht? Sage mir, wie geht es Walter? Auch er ist ein Nütel, ebenso wie du!“

Sie war erbläht bei seiner Frage. „Ich höre wenig von ihm. Es geht ihm wohl gut.“

Er schüttelte das Haupt. „Ne, ich hab ich eine größere Liebe wie die, die zwischen euch herrschte. Und nun sprichst du fremd von ihm und weißt kaum etwas aus seinem Leben?“

„Ja, Horst, es ist traurig, aber die Wahrheit. Wir sind uns fremd geworden.“

„Fremd der einzige Bruder, innerlich fern der Mann, wer ist dir dann nahe, Irene?“

Eine unendliche Schwermut senkte sich über ihr Antlitz. „Ich bin ganz einam innerlich, Horst.“

(Fortsetzung folgt.)

### 5. Kapitel.

Später, nachdem der Koffa genommen war, standen sie sich wieder gegenüber.

„Ich habe dich so unendlich vieles zu fragen, Irene!“

„Nicht tragen“, flüsterte sie in Angst.





die für die Polen bestimmten Munitionslieferungen nicht postieren lassen. Dafür stellen die Polen alle Lieferungen von Naphtha, Oelen und Benzin nach der Tschekoslowakei ein. Die Tschekoslowakei hat sich darauf an die internationalisierte Kommission gewendet mit der Bitte, gegen die Polen einzuschreiten.

#### Lemberg von den Bolschewisten erobert?

London, 3. Juli. Daily Mail erfährt aus Brüssel: Nach den letzten Nachrichten aus Polen ist die Stadt Lemberg in die Hände der Roten Armee gefallen.

#### Ein Kommunistenkrawall in Darmstadt.

Darmstadt, 2. Juli. Kommunisten, denen sich zahlreiche andere Elemente angeschlossen hatten, machten gestern den Versuch, mehrere kommunistische Führer zu befreien, die im Polizeigebäude interniert waren. Die Polizeimannschaften und die Sicherheitswehr mußten von der Waffe Gebrauch machen, wobei mehrere Personen getroffen wurden. Auch ein Schutzmann wurde verwundet. Die Regierung gab einen Erlaß heraus, in dem sie die Beodifizierung ermahnt, sich nicht den Unruhestiftern anzuschließen und jede Straßenansammlung zu vermeiden. Der demokratische Staat lehne die Herrschaft der Straße ab. Die Regierung sei darauf bedacht, daß die für eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise nötigen Schritte baldmöglichst unternommen würden.

#### Der Völkerverbund.

Paris, 3. Juli. Nach einer Meldung aus London wird der Völkerverbund am 27. Juli in San Sebastian zu seiner 7. Sitzung zusammentreten.

#### Generalstreik in Ancona.

Ancona, 3. Juli. In der Sitzung der Arbeitskammer traten einige anarchistische Elemente unter den Vertretern der Arbeiterorgane gegen die Wiederaufnahme der Arbeit ein. Sie verlangten Freilassung der verhafteten Arbeiter und es gelang ihnen, die Proklamierung des Generalstreiks durchzusetzen.

#### Die Internationale Finanzkonferenz.

Saag, 8. Juli. Das Korrespondenzblatt von gutunterrichteter Seite: Der Generalstreik des Völkerverbundes hat die in Frage kommenden Regierungen telegraphisch verständigt, daß die Internationale Finanzkonferenz vom Völkerverbund auf den 23. Juli 1920 einberufen werden wird.

#### Württembergische Politik.

##### Richtigstellungen des Ministers Graf in der Milchpreisfrage.

Stuttgart, 2. Juli. Der bisherige Ernährungsminister Graf war in der letzten Zeit in der Frage der Erhöhung der Milchpreise schweren Angriffen ausgesetzt. Dies ging sogar so weit, daß die „Schwab. Tagwacht“ schrieb, die Uebertragung des verantwortlichen Ministeriums des Innern an Graf bedeute für das Verhältnis zwischen Soziald. Partei und Regierung eine ungeheure schwere Belastungsprobe. Und der „Beobachter“ sieht in der Berufung Graf's auf das Ministerium des Innern eine Veräußerung am Prinzip der parlamentarischen Regierung insofern, als der Staatspräsident in der Wahl seiner Mitarbeiter nicht völlig freie Hand gehabt habe. Den Anlaß zu diesen kritischen Bemerkungen gab vor allem die Milchpreisfrage. Minister Graf legte in einer Presselauder die Haltung des Ernährungsministeriums in der Milchpreisfrage eingehend dar. In Heidelberg und Würzburg hatten die Süddeutschen Regierungen gegen den Widerspruch Württembergs und des rechtsrheinischen Bayerns die Herabsetzung der Milchpreise angekündigt. Am 1. Juni wurde in der Landesverordnungsstelle mit den Vertretern der Landwirtschaft eine entscheidende Sitzung abgehalten. Von 34 Landwirtschaften erklärten 31, daß sie sich an der Neuregelung der Milchhöchstpreise nicht beteiligen würden, sondern freie Milchwirtschaft verlangen. Der Vizepräsident der Landwirtschaftskammer drohte mit dem Viehstreik. In der Hauptversammlung des Landwirtschaftl. Hauptverbandes war von der Bildung eines Streikausschusses die Rede. Einen Viehstreik mußte die Regierung unter allen Umständen vermeiden. Im Ernährungsbeirat, der durchaus parteilich aus Verbrauchern und Erzeugern zusammengesetzt ist, wurde der Milchpreis von 1.4 allgemein anerkannt. Die Festsetzung des Milchpreises war aber auch bestimmt durch die Beschlüsse des Landtags, wonach für landwirtschaftl. Erzeugnisse die Produktionskosten und ein angemessener Gewinn gewährt werden sollen. Die Selbstkostenberechnung der Milch ergibt im Landesdurchschnitt 1.51 M für das Liter. Nach den Erfahrungen, die der Minister im Januar d. J. bei der letzten Milchpreisfrage machte, glaubt er nicht, daß durch die freiwilligen Vereinbarungen zur Herabsetzung des Milchpreises dauernde Verhältnisse geschaffen werden. Der Minister trägt die Verantwortung für die Milchpreisregelung. Aber er hat zwar die Frage im Staatsministerium zur Abstimmung gebracht. Das Ministerium hat die Milchpreisfrage gebilligt. Von einer „einmütigen“ Beschlußfassung war nirgends die Rede. Von Ravensburg aus sind dann neue Beschuldigungen gegen den Minister erhoben worden. Der Gewerkschaftsführer Schnell erklärte, daß der Minister sich dahin geäußert habe, die Arbeiterschaft müsse sich bei den ober-schwäbischen Landwirten Dorn, Dr. Munginger und Hagmann für die Milchpreisfrage bedanken. Demgegenüber erklärten die drei Landwirte, daß sie in der Milchpreisfrage überhaupt nicht vorstellig wurden und richteten an den Minister sieben Fragen. Minister Graf erklärte den Vertretern der Presse, daß die Behauptungen des Gewerkschaftsführers Schnell eine glatte Unwahrheit seien. Der Inhalt und Ton der sieben Fragen verleihe es dem Minister, sie zu beantworten. Entstellungen über Unterredungen des Ministers mit Abgeordneten aus Weisingen und Seidenheim wurden richtig gestellt. Bemerkenswert ist noch in der Milchfrage, daß durch die Maul- und Klauenseuche täglich etwa 150 000 Liter Milch zur Verfügung im Lande fehlen.

#### Eine falsche Beschuldigung.

Stuttgart, 3. Juli. Zu der Begründung der Unwahrhaftigkeit gibt der Minister des Innern Graf folgende Erklärung ab: Die von Herrn Schnell bei der Verichterstattung über den Empfang der Ravensburger Abordnung aufgestellte Behauptung, ich hätte erklärt, daß die Herren Hagmann, Dorn und Dr. Munginger bei mir wegen Erhöhung der

Milchhöchstpreise vorstellig geworden seien, ist eine Unwahrheit. Der Name Hagmann ist von mir überhaupt nicht genannt worden, der Name Dorn nur bei Aufzählung der in der entscheidenden Sitzung des Beirats anwesenden Mitglieder und der Name Munginger nur in Verbindung mit einer Mitteilung, daß der Abg. Görning in der ersten Sitzung bei der Landesverordnungsstelle mit einer Zusammenkunft des von Herrn Dr. Munginger bei der außerordentlichen Tagung des Hauptverbandes der landwirtschaftl. Bezirksvereine empfohlenen Streikausschusses gedroht hat. Damit erfüllt die Voraussetzung für die daran gestellten Fragen, auf die näher einzugehen, mir übrigens Ton und Inhalt unmöglich machen. Für die Richtigkeit meiner Angaben rufe ich die übrigen Mitglieder der Abordnungen als Zeugen an.

#### Die Milchkonferenz der Oberamtsvorstände.

Stuttgart, 3. Juli. Am 2. Juli waren die Oberamtsvorstände des Landes bei der Landesverordnungsstelle versammelt, um zur Milchpreisfrage Stellung zu nehmen. Es ergab sich, daß in einer großen Anzahl von Oberamtsbezirken durch Verhandlungen der Milchpreis herabgesetzt war. Dies erfolgte aber teilweise unter dem Druck der allgemeinen Erregung und auch in der Erkenntnis der tatsächlichen Notlage vieler Verbraucher. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Meinung, daß solche Vereinbarungen behördlich festgelegt werden müssen, wenn sie von Bestand sein sollen. Im Interesse der öffentlichen Ruhe wurde eine amtliche Herabsetzung des Milchpreises von der Regierung befohlen. Mit den Verbrauchern hat die Landesverordnungsstelle bereits am heutigen Samstag verhandelt. Die Erzeuger wurden am letzten Montag gehört. Nun muß nur noch der Ernährungsbeirat des Ministeriums sein Urteil abgeben, dann wird eine neue Verfügung über den Milchpreis ergehen.

#### Schutz der Beamten.

Zur Behandlung der Staats- und Gemeindebeamten bei den letzten Fenerungsdemonstrationen veröffentlicht der „Staatsanzeiger“ einen berechtigten Mahnruf an die Beodifizierung. Es heißt darin u. a.: Mit Empörung und Abscheu, aber auch tiefer Trauer muß es jeden anhänglichen Menschen, dem Verständnis für die Notwendigkeit der Erhaltung von Recht und Ordnung verbleiben, erfüllen, wenn er sehen muß, wie treue Beamte die Räte der Zeit und für Verhältnisse die mächtiger sind als ihr Wollen und Können, von einer ungeheuren unerbittlichen Menge beschimpft, mißhandelt und am Leben bedroht werden. Die Repräsentanten dieses traurigen Heldentums sind nicht die Männer, die draußen ihr Leben für den Schutz ihrer Heimat eingesetzt haben, sind nicht die besonnenen Bürger und Arbeiter, das sind vielmehr jene ungeheuren jungen und alten Heilmittelhelden die bei solchen Gelegenheiten ihre niedrigen Lebenshaltungen austoben. Solange es nicht so weit kommt, daß solche fragwürdigen Helden der Straße der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden, solange ich keine Hand zum Schutz der in ihrem Amt ausdauernden Beamten reißt, so lange darf man nicht von der Reife unseres Volkes reden, die doch die Voraussetzung bildet für eine gesunde Entlohnung eines Volkstaates. Ehrerbietend und Dank und Anerkennung aller Gutgesinnten im Staate gebührt den treuen Dienern des öffentlichen Wohls, die ohne Menschenfurcht in Rat und Gefahr dort bleiben, wohin ihre Pflicht sie stellt.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Rogold, den 5. Juli 1920.

**Uebertragen** wurde je eine Obersekretärstelle (bisher Oberamtssekretärstelle bzw. beim Oberverwaltungsamt Affenstetten) beim Oberamt Dorn dem Verwaltungspraktikanten Hugo Wuttler bei diesem Oberamt, beim Oberamt Calw dem Verwaltungspraktikanten Gottlieb Gung beim Oberamt Urach, beim Oberamt Oberdorf dem Verwaltungspraktikanten Karl Kühnle beim Ministerium des Innern.

**Kasche Abkühlung.** Am Samstag nachmittag ging nach der drückenden Schwüle ein starkes Gewitter nieder. Der Sturm, der ihm vorausging, scheint an den Kulturen einigen Schaden angerichtet zu haben. Auch der Sonntag brachte reichlichen Regenfall und starke Abkühlung.

**Die württ. Fleischversorgung.** Die Ablieferung von Schlachtwiech hatte zum Teil infolge der Maul- und Klauenseuche erheblich nachgelassen. Zur Zeit wird, nach Mitteilungen des Ministers Graf, so viel Fleisch von gefallenen Tieren angeliefert, daß eine Stodung im Absatz eingetreten ist. Die Anlieferung von Schlachtwiech ist aber in den letzten 8 Tagen wieder erheblich härter geworden. Mit Wirkung vom 12. Juli ab sind die Viehhändler und Metzger ermächtigt, direkt beim Viehhalter zu kaufen. Die Händler bekommen Zulassungsscheine. Durch diese Regelung sollen die Händler, die mit der derzeitigen Art der Viehaufbringung verbunden waren, beschäftigt werden. Die neue Regelung entspricht einem vom Landtag angenommenen Antrag des Abg. Schee (D.). Minister Graf sprach sich dahin aus, wenn die Rastoffelernie so ausfalle, wie man erhofft, dann wäre er für Freigabe der Rastoffeln und gleichzeitig für Freigabe der Schweinemast. Es fehle zur Zeit an Schlachtreifem Vieh, aber wir hätten auch hier die schwerste Zeit wohl hinter uns.

**Freigabe der Eiereinfuhr.** Durch eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 24. Juni wird die Einfuhr von Eiern und Eiprodukten freigegeben. Die zentralisierte Einfuhr durch die Eiereinfuhrgesellschaft wurde aufgehoben und die Waren (flüssige, getrocknete, kristallisierte Eier und Eiprodukte) auf die sog. Freiliste gesetzt. Ein- und Ausfuhrbewilligung ist also nicht mehr erforderlich.

**Bade nicht mit vollem Magen.** In der jetzigen Badzeit vergeht kein Tag, an dem man nicht liest, daß da und dort einer beim Baden ertrunken ist. Es heißt, daß sie plötzlich im Wasser versunken seien und daß vermutlich ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende gemacht habe. Das ist nach ärztlicher Erfahrung in 96 von 100 Fällen ein Irrtum. Wahrscheinlich ist, daß der Ertrunkene mit vollem Magen ins Wasser ging und der Wellenschlag gegen den Unterleib eine momentane Uebelkeit verursachte, daß Erbrechen und Schwindel eintrat, der Betreffende für einen Augenblick die Bestaunung und die Herrschaft über seinen Körper verlor, nicht mehr die Kraft hatte, den heraufkommenden Speibrei auszuspeien, vielleicht auch noch Wasser aufnahm und einfach

erstickte. Es ist keine Frage, daß selbst geringer Wellenschlag und leichtes Schaukeln auf einen vollen Magen höchst ungünstig wirken kann. Es ist daher zu raten, nach einer größeren Mahlzeit mindestens 3-4 Stunden bis zu einem Bad verstreichen zu lassen.

**Giftige Beeren.** Jetzt reist wieder eine Menge giftiger Beeren, die durch ihr farbiges, verlockendes Aussehen die nachschaffenden Kinder anlocken. Es ist daher dringend notwendig, daß die Eltern den Gefahren, die ihren Kindern von diesen Giftpflanzen drohen, besondere Aufmerksamkeit zuwenden und vor den gefährlichen Früchten warnen. Besonders ist es die Tollkirsche, die in frisch abgeholzten Waldstrecken große Flächen überdeckt und die Augen schon von weitem auf sich zieht. Für lustige Kinder sind die glänzenden schwarzen Beeren zu verlockend und es vergeht selten ein Jahr, in dem nicht die kirchenschnulichen lustigen Früchte großes Unheil anrichten. Für den Unthunigen ist der die Beere umhüllende silberfarbige Reif und das Fehlen des Stielsterns das untrügliche Zeichen dafür, daß es die Teufelsbeere und nicht eine Kirsche ist. Auch die Frucht des Stachelapfels wird gar zu gerne von den Kindern gepflückt. Sie spielen mit der klappernden Kapfel, die wie der Mohr keine schwarze Körnlein enthält, deren Genuß ähnliche Vergiftungsercheinungen hervorruft, wie die Tollkirsche.

**Das neue Loch im Westen.** Auf dem westdeutschen Textilmarkt macht sich, wie die „Textilwoche“ mittelt, eine lebhaftere Bemannigung bemerkbar, wegen der voraussetzlichen Folgen der kürzlich zwischen der deutschen und französischen Regierung in Baden-Baden getroffenen Neuregelung der Einfuhr eisig lothringischer Waren. Denn einerseits sind die auf Grund des Artikels 268 des Friedensvertrags von der französischen Regierung festgesetzten Einfuhrkontingente, gegen deren Höhe die deutsche Regierung kein Einspruchsrecht hat, unverhältnismäßig hoch festgesetzt; andererseits dürfte es den deutschen Behörden nicht möglich sein, nachzurufen, ob die eingeführten Waren tatsächlich elästischen Ursprungs sind. Die Gefahr liegt nahe, daß auf diese Weise französische oder sonstige ausländische Waren, die in Eisig-Lothringen lediglich veredelt oder verpackt sind, eingeführt werden.

**Vom Arbeitsmarkt.** Ueber die Lage des Arbeitsmarkts im Monat Mai berichtet das jetzt erschienene Juniheft des Reichsarbeitsblatts wie folgt: Die wirtschaftliche Krise, deren erste Anzeichen bereits im März sich ankündigten, hat sich im verfloffenen Mai in besorgniserregender Weise weiter verschärft. Die Höherbewertung der Räte auf den Weltmärkten hat sich im allgemeinen behauptet, hat die Preise für deutsche Waren den Weltmarktpreisen angeglichen, den Auslandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Käufermassen, deren Kaufkraft ohnehin nahezu erschöpft war, zu einer spekulativen Zurückhaltung veranlaßt. Die Folge ist, daß in sämtlichen Industriezweigen Inlands und Auslandsabfug stoch und Betriebserschütterungen und Stilllegungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Möbelindustrie und die Konfektion, an deren Hauptstandorten die Erwerbslosenzahlen stark gewachsen sind. Die Aussichten sind äußerst unglückliche, wenn es nicht gelingt, durch die seitens der Regierung eingeleiteten, vor allem auf Verhinderung weiterer Kohlenpreissteigerungen zielenden Maßnahmen den Preisrückschlag in einen organischen Preisabbau überzuweisen. Die Statistik der Arbeiterlosenzahlen läßt eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit erkennen. Die Arbeitsnachweise mußten ebenfalls eine weitere Zunahme der Stellungs-suchenden feststellen. Vorläufig aber zeigt die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen noch immer einen Rückgang.

**Oberaltheim, 4. Juli.** Der Gemeinde Oberaltheim lieferte Uhmacher Günther-Rogold eine Stachlode mit 182 kg, die in Ausführung und Klang allgemein befriedigt.

#### Aus dem übrigen Württemberg.

**Neuenbürg, 3. Juli.** Ab Montag den 5. Juli erfährt Zug 965 folgende Aenderung: Ab Forzheim 12.14, Bröhlgen 12.22, Birkenfeld 12.27, Engelsbrand 12.34, Neuenbürg Bahnhof 12.41, Neuenbürg Stadt 12.44, Rothenbach 12.50, Höfen 12.57, Calmbach 1.03, Wildbad an 1.10.

**Salz a. N., 3. Juli.** Auf der Straße nach Dornhan begegnete Oberamtsarzt Kläger mit einem Auto einem Fußgänger an einer unglücklichen Straßenecke und mußte, um ein Zusammenstoßen zu verhindern, plötzlich stark bremsen. Das Auto überdeckte sich. Kläger und ein weiterer Insasse wurden aus dem Auto geschleudert und kamen darunter zu liegen. Zum Glück hat ein am Wege stehender Baum dem Auto Halt geboten. Während der zweite Insasse ohne bedeutenden Schaden davonkam, wurde Kläger ziemlich schwer verletzt ins Bezirkskrankenhaus gebracht.

**Ubingen, 1. Juli.** Die hiesige Stadtgemeinde hat größere Mengen Kirchen in Rehren und anderen Orten aufgekauft und gibt dieselben phandweise zu M. 1.10 und M. 1.30 an die Einwohner ab. Auch der forwweise Bezug wird durch die Stadt vermittelt.

**Stuttgart, 2. Juli.** Am 24. Juni 1920 wurden bei einer Bank in Stuttgart 7 Stück Reichsbanknoten zu 100 M angehalten, die in einem Kaufhaus in Zahlung gegeben worden waren. Um etwa dieselbe Zeit sind die gleichen Falschscheine in Heilbronn aufgekauft, die mutmaßlich ein und dieselbe Person in Verkehr gesetzt hatte. Durch die in Heilbronn angefallenen Ermittlungen ist eine Spur der Ausgeber der Falschscheine festgestellt worden. Sie führte nach Juffenhäuser auf den 48 Jahre alten, dort wohnhaften Reisenden Heinrich Ruck von Waldenbuch und den 33 Jahre alten, aus Freiburg i. Br. gebürtigen Buchdruckereibesitzer Alfred Rüd. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei führten in der Folge zur vollständigen Aushebung einer Falschgedruckten, die von dem 40 Jahre alten Buchdruckmaschinenmeister Paul Stöcher in Stuttgart geleitet, die Herstellung von 10 000 Stück = 1 Million Mark falscher Reichsbanknoten zu 100 M in Angriff genommen hatte. Die zur Trudlegung erforderlichen Blatten wurden auf chemographischem Wege von dem 38 Jahre alten Chemigraphen Ernst Sieber, dem 22 Jahre alten Chemigraphen Robert Grob und dem 19 Jahre alten Chemigraphen Ernst Hammel, sämtlich von Stuttgart, hergestellt. Die Anfertigung der Falschscheine erfolgte zur Nachtzeit durch Stöcher und Rüd in der Buchdruckerei des letzteren in Juffenhäuser. Von den insgesamt 250 Stück fertiggestellten Falschscheinen wurden etwa 150 durch Rüd, der mit einer Reinerin aus Heilbronn eine Vergütungsstelle im



Land unternehm. in Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Tübingen, Calw, Teinach, Waldburg, Künzelsau u. Neckar-  
 lalm veranlagt. Die Falschheime sind Nachbildungen der  
 Reichsbanknote zu Hundert Mark der Ausgabe vom 7.  
 Februar 1908. Sie tragen als Nummern siebenstellige Zahlen,  
 die vier ersten lauten durchweg 9143, die drei letzten sind  
 verschieden. Als besondere Merkmale der Fälschung fallen  
 auf die harte, künstlich hergestellte Fälschung auf der linken  
 Hälfte der Vorderseite und der unscharfe Druck des Frauen-  
 kopfes in der Mitte der Rückseite. Die Polizeidirektion erlaubt,  
 beanstandete Falschheime sofort unter Angabe des Besitzers  
 der Kriminalpolizei, Büchsenstraße 37 zu übergeben.

**Tutlingen, 3. Juli.** Dem von den Betriebsräten  
 einstimmig gefassten Beschluss, den 10/igen Steuerabzug vom  
 Lohn nicht vorzunehmen zu lassen, schlossen sich der Industriellen-  
 verband und der Verein Tutlinger Schuhfabrikanten für  
 diese Woche an. Das Ersuchen der Betriebsräte, sich dem  
 Protest gegen den Steuerabzug vom Lohn anzuschließen, lehnten  
 die Industriellen aus prinzipiellen Gründen ab.

**Familiennachrichten.**

**Stadt Nagold.**

Geburten: 4. Juni. Auer, Gottlieb, Schlosser, 1 Sohn.  
 3. Juni. Stidel, Hermann, Händler, 1 Sohn. 8. Juni.  
 Käthele, Wilhelm, Steinhauser, 1 Tochter. 24. Juni. Hugel,  
 Friedrich, Schreiner, 1 Tochter. 24. Juni. Gausmann, Paul,  
 Sägewerksbesitzer u. Pianofabrikant, 1 Sohn. 27. Juni.  
 Hehr, Friedrich, Schreiner, 1 Sohn.

Eheschließungen: 26. Juni. Kaspar Broghammer,  
 Krankenschwäger, aus Durlingen mit Christine Hörmann von  
 hier. 26. Juni. Wilhelm Schwarzopf, städtischer Arbeiter,  
 mit Emma Frey, beide von hier.

Sterbefälle: 2. Juni. Magdalena Schweizer, Bauers-  
 Ehefrau, 59 Jahre alt, von Jumböcker. 3. Juni. Friedrich  
 Steiner, Seifenfabrikmeister, 60 Jahre alt, von Altensteig.  
 21. Juni. Berta Reichert, Kaufmanns-Ehefrau, 58 Jahre alt.  
 25. Juni. Bertha Oehler, Buchdruckereibes. Witwe, 78 Jahre  
 alt, von Pforzheim.

Angeordnete Auktionen: 14. Juni. Heinrich  
 Budeberg, Prokurist und Magdalena Köbele, beide hier;  
 19. Juni. Wilhelm Schrader, Geschäftsführer und Elisabeth  
 Dreßler, beide hier; 21. Juni. Otto Walz, Bierbrauereibesitzer  
 hier und Pauline Helber aus Altmünza. 23. Juni. Theodor  
 Beigel, Steueramtsbesitzer hier u. Pauline Kaiser aus Heilsbrunn.

**Legte Nachrichten.**

**Brüssel und Spa.**

Spa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Dele-  
 gation ist kurz vor 2 Uhr nachmittags ohne Zwischenfall hier  
 eingetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Die  
 zahlreich erschienenen Menge verhielt sich schweigend. Die  
 Delegation wurde im Zug von dem Generalsekretär der  
 Konferenz Jacquemin und vom Grafen Duchatel im Namen  
 der belgischen Regierung begrüßt und begab sich in Staats-  
 autos in ihre Abteilungsquartiere.  
 Spa, 5. Juli. Millerand und Morel kamen  
 bereits gestern hier an. Die übrigen Delegierten der All-

ierten werden heute Abend erwartet. — Die Brüsseler Presse  
 gibt zu Ehren der hier anwesenden Journalisten heute einen  
 Empfangsabend.

Spa, 4. Juli. Der Minister des Reichs Dr. Simons  
 äußerte sich heute Vormittag einigen ausländischen Presse-  
 correpondenten über die bevorstehende Konferenz. Er erklärte u.  
 a., nach dem Vertrag von Versailles sei der Vertrag, den  
 Deutschland als Wiedergutmachung zu leisten hätte, im Mai  
 1921 festzusetzen. Aber, wie die Dinge lägen, könnten weder  
 Deutschland noch die Vertragsgegner bis dahin warten, da  
 sonst die Feststellung vernünftiger Budgets unmöglich sei.  
 Vielmehr liege es im Interesse der ganzen Welt, die nur  
 durch internationale Zusammenarbeit vor dem völligen Zu-  
 sammenbruch bewahrt werden könne, schon jetzt zu einer  
 Einigung zu kommen. Soweit Deutschland in Frage komme,  
 werde es bereit sein, alles zu tun, um jede Zusammenarbeit  
 zu fördern. Von einem Pressevertreter gefragt, ob Deutsch-  
 land eine bestimmte Summe nennen würde, die es  
 unter allen Umständen zahlen könne, antwortete Dr. Simons  
 das sei natürlich vollständig ausgeschlossen. Aber  
 wenn es durch eingehende freimütige mündliche Verhandlungen  
 gelänge, volle Einverständnis über gewisse Voraussetzungen zu  
 erlangen, so werde Deutschland sehr wohl in der Lage sein,  
 ein festes Angebot zu machen. Der Vertrag von Versailles  
 er habe im vorigen Jahre als der Vertrag von Versailles  
 unterzeichnet wurde, seine Stellung im Reichsdienst aufgege-  
 ben, da er der Ansicht gewesen sei, daß Deutschland die  
 durch harten Bedingungen nicht erfüllen könne. Seitdem  
 habe er einen wichtigen Posten in der deutschen Industrie  
 bekleidet. Er habe Gelegenheit gehabt, eingehend zu studie-  
 ren, bis zu welchem Umfang Deutschland den Vertrag von  
 Versailles zu erfüllen in der Lage sei. Jedenfalls werde er  
 nur das unterschreiben, was Deutschland seiner Ansicht nach  
 erfüllen könne. Dr. Simons betonte weiter, daß die Erfül-  
 lung des Vertrags durch Deutschland in der Hauptsache in  
 Arbeit bestehen würde und daß diese Arbeit von drei Be-  
 dingungen abhängig sei: Rohmaterial, Lebensmittel, Frieden im  
 Innern. Diese Dinge, die ebenso grundlegend seien wie die  
 Zukunft Oberschlesiens, seien die wichtigsten Voraussetzungen,  
 über die man sich zuerst einigen müsse, ehe Deutschland  
 irgend ein festes Angebot machen könne. Der Minister er-  
 klärte zum Schluss seiner Darlegungen, daß es der feste  
 Wille Deutschlands sei, zu einer Verständigung  
 zu kommen.

Brüssel, 4. Juli. Am Sonntag hielt die Konferenz eine  
 Sitzung ab. Lloyd George widmete den Vormittag  
 einem Besuch der Schlachtfelder von Waterloo, während  
 Millerand einen Besuch abstatte. In der ersten  
 Sitzung der Konferenz von Spa am Montag wird es sich  
 zunächst darum handeln, die deutschen Vorkämpfer  
 kennen zu lernen. Die erste Frage, die gestellt werden wird,  
 betrifft die drei Roten, die im Anschluß an die Konferenz  
 von Boulogne an die deutsche Regierung gerichtet worden  
 sind und die Gründe, warum Deutschland diese Roten noch  
 nicht beantwortet hat. Darauf werden die Fragen der Ent-  
 schädigung, der Wiedergutmachung und der Kohlenlieferungen,  
 wahrscheinlich auch die Frage von Danzig und die türkische  
 Antwort auf den Friedensvertrag der Alliierten besprochen  
 werden. — Die Delegationen sind nach Spa abgereist

mit den Sachverständigen der türkischen Angelegenheiten,  
 woraus hervorgeht, daß die türkische Frage behandelt werden  
 soll. Die Frage der prozentualen Verteilung der Kriegsschä-  
 digung betrachtet man als erledigt.

Brüssel, 4. Juli. (Havas.) In der zweiten Vollsitzung  
 der Konferenz, in der Belgien, Frankreich, Italien und Ja-  
 pan vertreten waren, nahmen die Bevollmächtigten zunächst  
 Kenntnis von dem Bericht der Sachverständigen, der unter  
 Leitung von Marshall Foch über die Nichtausführung der  
 militärischen, maritimen und aeronautischen Vertragsbestim-  
 mungen erstattet worden war. Es wurde beschlossen, nur  
 diejenigen Fälle in Betracht zu ziehen, bei denen offensicht-  
 licher böser Wille Deutschlands vorliegt.

Lloyd George wird diesen Bericht am Montag in der  
 ersten Sitzung im Namen der Alliierten der deutschen Delegation  
 zur Kenntnis bringen. Die Deutschen sollen dabei ferner ein-  
 geladen werden, ihre Antwort auf die drei Roten bekannt  
 zu geben, die die Verabreichung der deutschen Armees auf  
 100.000 Mann fordern. Der Oberste Rat setzte hierauf  
 die Tagesordnung für die Konferenz von Spa fest. Darnach  
 sollen folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen:  
**Entwaffnung, Wiedergutmachung und Kohle.** In einer  
 Vollsitzung der Alliierten soll neuerdings die Schuldfrage be-  
 handelt werden. Die Alliierten wollen nach vorhergegangener  
 Verständigung unter sich den deutschen Vertretern ihren ge-  
 meinsamen Standpunkt durch einen einzigen Redner vorbrin-  
 gen lassen. Die Ari und Weise der Begründung des Stand-  
 punktes der Deutschen bleibt diesen überlassen. Sie können  
 aber sicher sein, in den Alliierten aufmerksame Zuhörer zu  
 finden. Vor und nach dieser Sitzung werden sich die Alliierten  
 unter sich versammeln zur Festlegung einheitlicher Richt-  
 linien. Vor ihrem Auseinandergehen prüfte die Brüsseler  
 Konferenz eine Note der Wiedergutmachungskommission betr.  
 die nichtausgeführten Kohlenlieferungen. In dieser Hinsicht  
 wurde festgestellt, daß Frankreich das Vorrecht auf die Koh-  
 lenlieferungen als Entschädigung erhält.

**Belgiens Forderungen.**

Paris, 4. Juli. Laut Petit Pariserien verlangt Belgien  
 außer dem bestimmten Anteil an der Entschädigungssumme  
 noch die Zuweisung der als gute Preise im Hafen von Ant-  
 werpen liegenden deutschen Handelschiffe, sowie die Zustim-  
 mung, daß Deutschland die in den Händen der belgischen Re-  
 gierung befindlichen sieben Milliarden Mark für den Romi-  
 nalwert von 1,25 Franken zuzüglich Zinsen zuerkennt. Wei-  
 ter erklärt Petit Pariserien, daß Millerand Zwangsmaßnahmen  
 gegen Deutschland verlangt habe, falls es sich den Kohlen-  
 lieferungen weiter im Verzug bleibe. Er sei aber auf den  
 Widerstand Lloyd Georges gestoßen.

**Streik in Aachenburg.**

Aachenburg, 5. Juli. Das Gewerkschaftsamt und die  
 Betriebsräte Aachenburgs haben den Streik auf der  
 Zeche Gustav, durch den Aachenburg, Darmstadt und andere  
 Orte seit 2 Tagen ohne Licht und Strom sind, mit allen  
 unabhängigen und mehrheitssozialistischen Stimmen gegen die  
 Stimmen weniger Kommunisten auf das entschiedenste verur-  
 teilt. Solche Streiks schädigen nur die Sache der Arbeiter.

**Altensteig-Dorf.**  
 Das **Sammeln von Beeren**  
 jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und  
 Privatwäldungen für Auswärtige  
 bei Strafe verboten;  
 ebenso das Betreten der Kulturen.  
 Den 1. Juli 1920.  
 Gemeinderat.

**Wildberg.**  
 Vom 1. Juli ab habe ich bei meinen werthen Abnehmern  
 ein stärker eingedrehtes  
**Extrabier**  
 in 6 Liter Flaschen im Ausschank; auch kann das-  
 selbe vom 15. Juli ab auch im Faß bezogen werden aus der  
 Brauerei Rob. Leicht, Vaihingen a. d. Fildern.  
 Für alle Biertrinker die Erfüllung eines langerbunden  
 Wunsches.  
**Wilhelm Rothfuß, Bierdepôt.**  
 Stets frische Limonade führt nebenbei  
 der Obige.

**Zimmermädchen gesucht.**  
 Zum sofortigen Eintritt wird ein Zimmermädchen nach  
 Frankfurt a. M. gesucht.  
 Borgstellen bei Frau Lannhäuser a. St. Hotel  
 Post, Nagold.  
 65

**Wegen Mangel an Be-**  
**triebsstoff kann bis auf weite-**  
**res nicht mehr gefügt werden.**  
**Guhl, Ebhausen.**  
 70  
**Amtlicher Taschensfahrplan**  
 Vorrätig bei G. W. Zaiser, Buchhandlung Nagold.

**Lechamt Pfalzgrafenweiler.**  
**Stangen-Verkauf.**  
 Am Dienstag den 13. Juli  
 1920, vormittags 10 Uhr im  
 Schwann in Pfalzgrafen-  
 weiler aus Staatswald  
 Hoptenst. gemischt: Kl. IV  
 5570, V 9416. Rest: Kl. I  
 13101, II 3285, Bohnenst.:  
 240 Stück. Losverzeichnisse  
 von der Forstdirektion G. f. S.  
 Stuttgart. 367 i

**Einem kleinen** 66  
**Bügelofen**  
 mit 2 Eisen  
 hat im Kauf zu verkaufen.  
 Margr. Pföhmann, Witwe  
 Nagold, Hintere Gasse.

**Stroh**  
 kann abgeben 69  
**Johannes Lehrer,**  
 Bispfermeister; : : Hatterbach.

**Hatterbach.**  
**Hochzeits-Einladung.**  
 Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten  
 wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf  
 Dienstag, den 6. Juli 1920  
 in das Gasthaus „zur Sonne“ in Hatterbach freund-  
 lichst einzuladen.  
**Christian Bolz** **Barbara Helber**  
 Sohn des **Löcher des**  
 David Steinitz, Bauer **Philipp Helber, Bauer**  
 in Alt-Ruisra **in Hatterbach.**  
 Kirchgang 11 Uhr.  
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung  
 entgegenzunehmen. 52

Lehrverträge empfiehlt **G. W. Zaiser.**

**Auslandszucker**  
 größeres Quantum  
 zu kaufen gesucht.  
 Angebote erbeten unt. Nr. 60 an die Gesch. d. Gef.

**Der belebende Regen**  
 für das Geschäft ist das Insekt, das  
 ihm Käufer und damit Lebenskraft zu-  
 führt. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß  
 das Insekt richtig abgesetzt ist, und  
**zur richtigen Zeit**  
 in der richtigen Zeitung erscheint.  
 Ein Inserat im „Gesellschafter“  
 der verbreitetsten Zeitung im  
 Oberamtsbezirk Nagold  
**hat doppelte Wirkung.**  
 Nagold.  
 Nächsten Dienstag den 6. Juli beginnt der nächste  
**Anfänger-**  
**Tanzkurs**  
 im Gasthaus zum „Löwen“  
 abends 7/8 Uhr. Zu demselben können noch einige Schüler  
 und Schülerinnen, auch von der Nachbarschaft, beitreten.  
 67 **Hermann Blum.**

**Die Gegenwart**  
 verlangt von uns als den im Kriege Unter-  
 legenen harte Arbeit. Gewinnen Sie sich  
 für die Stunden des Ausruhens einen belien  
 Freund, der den Alltag mit seinen Sorgen  
 vergessen läßt, abonnieren Sie auf die  
**Meggendorfer-Blätter**  
 das schönste, farbige illustrierte Unter-  
 tungsblatt. Das Vierteljahres-Abonnement  
 (12 Nummern) kostet Mk. 12.—, die einzelne  
 Nummer Mk. 1.—. Bestellungen vermittelt die  
**G. W. Zaiser'sche Buchhandlung.**  
 Nagold i. W., Marktstraße 68.

